Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 22,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,950.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 170. **Sonnabend** den 18. Juni 1881. **75. Jahrgang.**

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 19. Juni,
Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung bei Gelegenheit des am 19. dss. Mts. vom Verein für Hindernißrennen zu Berlin auf hiesiger Rennbahn abzuhaltenden Wettrennens haben wir für nöthig erachtet, folgende Anordnungen zu treffen:

1) An diesem Tage sind Nachmittags von 12—6 Uhr der Scheibenweg vom Schleußiger Wege bis zum Johannapark und von der Braudbrücke ab bis zum Kirchwege für den öffentlichen Fahr- und Reitverkehr, ingleichen der Scheibenweg vom Schleußiger Wege ab bis zum Scheibengehölz auch für den Fußverkehr **gesperrt.**

2) Wagen, die in die Rennbahn gelangen wollen, haben für den **Hinweg** den Schleußiger Weg zu benutzen, den **Rückweg** durch das Scheibengehölz und den Johannapark zu nehmen.

3) Diejenigen Wagen, welche nur bis an den Eingang zur Rennbahn bei der Einmündung des Scheibenweges in den Schleußiger Weg fahren, haben den Rückweg durch die **Körnerstraße** zu nehmen.

4) Auf dem **Heimwege** haben alle Wagen **rechts** zu fahren und sich streng in der Reihenfolge zu halten.

5) **Auf dem Schleußiger Wege darf kein Wagen halten.**

Wir bringen diese Anordnung hiermit zur öffentlichen Kenntniß, mit dem Bemerken, daß unsere Organe angewiesen sind, die Beobachtung derselben auf das Strengste zu überwachen. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 30 Mark oder Haft bestraft.

Leipzig, am 15. Juni 1881.

Der Rath und das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. l. v. Junck, Polizei-Rath. Degner, S.

Bekanntmachung,

Kohlenlieferung betreffend.

Die **Lieferung** des Bedarfs an **Stein-** und **Braunkohlen** für das hiesige **Johannisstift** auf das Jahr **1881/82** und zwar von ungefähr 150,000 Kilo beste Rußsteinkohlen, 400 Hectoliter böhmischen Knabenkohlen und 1900 Hectoliter besten böhmischen Braunkohlen soll an den **Mindestfordernden**, jedoch vorbehältlich der Auswahl unter den Licitanten, vergeben werden.

Die Lieferungsbedingungen liegen an Rathsstelle zur Einsichtnahme aus und sind die **Offerten bis zum 27. lfdn. Monats, Nachmittags 6 Uhr bei der Nuntiatur ebendaselbst** mit der Aufschrift:

„Kohlenlieferung für das Johannishospital"

versiegelt einzureichen. Später eingehende Offerten können keine Berücksichtigung finden.

Leipzig, den 16. Juni 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Eichorius.

Verpachtung eines Werk- und Lagerplatzes.

Das zeither an Herrn Zimmermeister Georg verpachtet gewesene, dem Georgenhause und zu der **Parcelle Nr. 2112 der Stadtflur** gehörige, zwischen der **äußeren Auen- und der Fregestraße** an der Grenze des Grundstücks der Großen Funkenburg gelegene, die **Bauplätze Nr. 19, 25** und **26** des Waldstraßen-Parcellirungsplanes begreifende **Areal** von ca. **8700 Q. — 2790 □M.** Flächengehalt soll **zur Benutzung als Werk- oder Lagerplatz vom 1. Juli dss. Js. an** gegen **einhalbjährliche Kündigung**

Montag den 27. dss. Mon.
Vormittags 11 Uhr

auf dem Rathhause, I. Etage, Zimmer Nr. 16, an den Meistbietenden **anderweit verpachtet** werden.

Ebendaselbst auf dem großen Saale können die Verpachtungs- und Versteigerungsbedingungen, sowie der Situationsplan schon vor dem Termine eingesehen werden.

Leipzig, am 16. Juni 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stz.

Gräserei- und Obstverpachtung.

Die diesjährige **Obst- und Grasnutzung** im **vormaligen botanischen Garten** an der Harkortstraße soll **Mittwoch den 22. Juni, Vorm. 9 Uhr,** in der **Marstall-Expedition im alten Johannis-Hospital** unter den vorher bekannt zu machenden Bedingungen an den Meistbietenden **verpachtet** werden.

Leipzig, den 17. Juni 1881.

Des Raths Finanz-Deputation.

Stockholz-Auction.

Montag, am 20. Juni c., sollen von Nachmittags 3 Uhr an im Forstreviere Connewitz auf den Mittelwaldschlägen in Abth. 27 und 30a

ca. **900 Haufen klein gemachtes Stockholz**

unter den im Termine öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Meistbietenden an Ort und Stelle verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Holzschlage an der schwarzen Brücke in der Connewitzer Linie.

Leipzig, den 2. Juni 1881.

Des Raths Forst-Deputation.

Steuer-Zuschlag

zur Deckung des Aufwandes der Handelskammer.

Auf Grund von Pkt. III des Gesetzes vom 2. August 1878, einige durch die Reform der directen Steuern bedingte Abänderungen gesetzlicher Bestimmungen betr., hat die Handelskammer beschlossen, zur Deckung ihres Verwaltungs-Aufwandes, einschließlich des Aufwandes der Bäse, von ihren Wahlberechtigten, d. i. **von denjenigen Kaufleuten und Fabrikanten in Leipzig und im Bezirke der Amtshauptmannschaft Leipzig, welche in Spalte d des Einkommensteuer-Kataster** (Einkommen aus Handel und Gewerbe u. s. w.) mit **mindestens** 1900 ℳ eingeschätzt sind, für das laufende Jahr **einen Steuerzuschlag von vier Pfennig** auf jede Mark **desjenigen Steuersatzes, welcher nach der in §. 12 des Einkommensteuergesetzes enthaltenen Scala auf das in Spalte d des Einkommensteuer-Katasters eingestellte Einkommen jedes Beitragspflichtigen entfallen würde,**

mit dem auf den 15. Juli d. J. anstehenden Hebetermine **erheben zu lassen, und es wird dieser Zuschlag hiermit ausgeschrieben.**

Leipzig, den 16. Juni 1881.

Der Vorsitzende der Handelskammer.
Dr. Wachsmuth. Dr. Gensel, S.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 18. Juni.

Nachviermonatlicher Arbeit ist am 15. dss. die **Reichstagssession zu Ende** gegangen. Daß sie die letzte der Legislaturperiode gewesen, darauf wurde man auf Schritt und Tritt während der ganzen Verhandlungen hingewiesen. Nicht nur in die Debatten, sondern sogar in die Gesetzvorlagen selbst spielte die Wahlagitation mit unverfrorener Offenherzigkeit hinein. Die Session, die jetzt zu Ende gegangen, gehört zu den unfruchtbarsten, die jemals dagewesen. Wenig ist zu Stande gekommen und an dem Wenigen hat Niemand rechte Freude. Wenn wir die zu Stande gebrachten Gesetze von größerem Belang mustern, so sind wir bald fertig. Es ist das Innungsgesetz, das der Zustimmung des Bundesraths noch nicht einmal ganz sicher ist, das den Einen noch viel zu weit geht, ohne die Andern zu befriedigen, und von allen Seiten als ziemlich werthlos bezeichnet wird. Es ist das Stempelsteuergesetz, das ebenfalls in einer Fassung zu Stande gekommen ist, die weder Freund noch Feind recht befriedigt. Es ist das Gesetz über Herabsetzung der Gerichtskosten, das als Abschlagszahlung gern hingenommen wurde, aber ebenfalls weitergehende und berechtigte Wünsche unerfüllt ließ. Es sind zwei Novellen zum Zolltarif, welche die Consequenzen der Schutzzollpolitik noch weiter zogen. Es sind ein paar kleinere Gesetze, wie das Wohnungsgeld-, das Aichungs- und das Küstenfrachtfahrtgesetz; es sind etliche ziemlich werthlose Handelsverträge. Einen kleinen Lichtblick bildet das Gesetz über die Versorgung der Hinterbliebenen von Reichsbeamten. Das Unfallgesetz, welches der Session hauptsächlich das Gepräge gab, ist in einer Gestalt zu Stande gekommen, in der die Ablehnung seitens des Bundesraths sicher ist. Die großen Schiffbrüche mit dem Verfassungsänderungsgesetz, der Wehr- und Brausteuer, dem Volkswirthschaftsrath vollenden das Bild dieser Session.

Die conservativ-klerikale Parteicombination, auf welche so große Hoffnungen gesetzt worden, hat den wichtigsten Fragen gegenüber versagt und sich unfähig erwiesen, zu positiven Resultaten zu kommen, so zuletzt noch bei dem Unfallgesetz, wo es sich bitter rächte, daß man versuchte, die Verständigung auf einer Basis aufzubauen, auf der sie schließlich doch in sich zusammenstürzte. Daß die conservativ-klerikale Majorität, die ein einziges Mal, beim Zolltarif, ein großes Werk geschaffen, späterhin als Trägerin der Reichsgesetzgebung sich unfähig erwies, ist uns das erfreulichste Resultat der Session und Legislaturperiode. Vom Zolltarif allein kann diese Allianz nicht zehren; daß sie im Uebrigen unfähig war, die großen Aufgaben der Reichspolitik zu erfüllen, zeigte sich schon im vorigen Jahr bei Verlängerung des Socialistengesetzes und dem neuen Militairgesetz. Zugleich sind die Parteien der sogenannten geschäftsleitenden parlamentarischen Majorität diejenigen, deren eigener innerer Zusammenhalt durch die Vorgänge der verflossenen Session am meisten gelitten hat und gelockert ist. Die Entfremdung zwischen den Deutsch- und den Freiconservativen ist größer als je und die eigenen Reihen dieser beiden Fractionen zeigten sich bei mehr als einer kritischen Probe in voller Auflösung. Und noch klaffender zeigte sich bei jeder Gelegenheit die Spaltung im Centrum, das kaum ein einziges Mal mehr zu einem einmüthigen Entschluß kommen konnte. Dem gegenüber traten die Differenzen bei den liberalen Parteien ganz in den Hintergrund. Zu welchen Formen die Gährung und Zersetzung unseres politisch-parlamentarischen Lebens, wie sie in der letzten Session auf Schritt und Tritt hervorgetreten, durch die neuen Wahlen gelangen wird, das ist die große Frage, deren Entscheidung uns in naher Zukunft bevorsteht.

Die „Weser-Ztg." sagt: Wir glauben, vor dem Verdacht, den **Reichstag** als Institution angreifen zu wollen, verschont zu sein. In der That kann Nichts uns ferner liegen. Aber wir verhehlen unser Mißfallen an dem Zustande, der sich in den letzten drei Jahren in dieser ehrwürdigen Versammlung gezeigt hat, allerdings nicht. War schon die Entstehung desselben eine natürliche Folge des unglückseligen Vorgehens, durch den Eindruck der Attentate auf das erhabene Haupt unseres Kaisers einen Reichstag zu erzielen, wie ihn die Nation sich sonst nicht gegeben haben würde, so waren die fortgesetzten Versuche, ihn in die Bahnen preußisch-junkerlicher Politik hineinzustoßen, eine natürliche Ursache der Freudlosigkeit seiner Existenz. Das Unternehmen, in Widerspruch mit den freisinnigen und gebildeten Bevölkerungsschichten in Stadt und Land zu regieren, ist von einer hervorragenden Unfruchtbarkeit begleitet gewesen und zuletzt ganz gescheitert, nachdem es mit beispiellos guten Aussichten begonnen war. Gerade in letzter Zeit hat sich die Regierung selbst von diesem Reichstage Niederlage auf Niederlage geholt und ihn zuletzt schließen müssen, noch ehe er sein Pensum erledigt hat. So endigt die Wirksamkeit eines Reichstags, der seine Existenz einem Acte persönlichster Initiative des Fürsten Bismarck verdankt. Möchte doch über seine Thaten ebenso bald der Vorhang fallen wie über ihn selber, und sein Nachfolger, der in wenigen Monaten durch allgemeine Neuwahlen die Stimmung der Nation anzeigen wird, wieder einen anderen Geist bethätigen, den Geist, der von 1867 bis 1878 die Nation und ihre Vertretung beherrscht hat!

Es kann gegenwärtig wohl als eine feststehende Thatsache gelten, daß der **Papst** der preußischen Regierung Vorschläge über die Neubesetzung verschiedener Bischofsstühle hat machen lassen. Andeutungen der ultramontanen Presse zufolge beabsichtigt man im Vatican, für die Diöcesen Fulda und Trier Bisthumsverweser auf dem Wege „päpstlicher Provision" einzusetzen. Aller Wahrscheinlichkeit nach hat es sich bei der Conferenz, die der Kaiser am Tage vor seiner Abreise nach Wiesbaden mit dem Cultusminister hatte, um die Stellung der Staatsregierung zu diesem Plan, resp. um die vom Papst ins Auge gefaßten Persönlichkeiten gehandelt.

Für die Herbeiführung eines wirklichen Ausgleiches zwischen Staat und Kirche würde aber, auch wenn es in den genannten Sprengeln — in Trier natürlich nur nach Verzichtleistung des von der Regierung nicht zugelassenen Herrn de Lorenzi — zur Wiederherstellung einer geordneten Bisthumsverwaltung durch Ernennung genehmer Persönlichkeiten käme, nur Wenig erreicht sein. In den Diöcesen Paderborn und Osnabrück, in welchen schon seit längerer Zeit Bisthumsverweser unter Zustimmung der Regierung fungiren, ist es bisher trotzdem nur zur Besetzung einiger Pfarrstellen königlichen Patronats gekommen, wobei es sich nicht um die Anerkennung der Maigesetze, sondern nur um Beobachtung eines von früheren Zeiten her bestehenden Modus handelte und die Regierung dem römischen Standpunct insofern weit entgegen kam, als sie den betreffenden Geistlichen nicht die von Falk geforderte Erklärung über Anerkennung der kirchenpolitischen Gesetze auferlegte. So wenig sich also die Bisthumsverweser von Paderborn und Osnabrück, trotz ihrer angeblichen friedfertigen Gesinnung, bisher der bestehenden Gesetzgebung gefügt haben, so wenig wird Dies von den eventuellen Verwaltern der Diöcesen Trier und Fulda zu erwarten sein.

Ueber die Stellung der preußischen **Staatsregierung zum Ausgleichswerk** hat sich neuerdings der Finanzminister Bitter bei seiner Anwesenheit in Kreuznach dahin geäußert: die Regierung habe nicht, wie man ihr vielfach vorwerfe, den Boden des Rückschrittes betreten, sie sei auch auf kirchenpolitischem Gebiet noch ganz dieselbe, sie hoffe nur durch eine **milde** Anwendung der Gesetze eher den Frieden anzubahnen. **Es ist** Dies eine Umschreibung **des** bekannten Grundsatzes: **suaviter** in modo, fortiter in re.

Entspräche die Haltung der Regierung wirklich diesem Grundsatze, so könnte man dieselbe nur billigen. Leider giebt die Nachgiebigkeit, die Herr von Puttkamer in so vielen wichtigen Puncten, besonders auf dem Gebiete der Schule, der römischen Geistlichkeit gegenüber bewiesen hat, nur allzu sehr Anlaß zu der Befürchtung, daß das fortiter in re auch in Zukunft über dem suaviter in modo vergessen werden könnte. Wenn sich gar die Nachricht bestätigen sollte, daß der Reichstagspräsident v. Goßler, der bisherige Unterstaatssecretair im Cultusministerium, der nicht blos als die rechte Hand Puttkamer's, sondern als der eigentlichste und anerkannteste Ausdruck der conservativ-ultramontanen Coalition gilt, demnächst das Cultusministerium übernehmen würde, so würde Bismarck's Wort „Nach Canossa gehen wir nicht!" bald ganz seinen Credit verlieren.

Mittlerweile handelt die **römische Curie** wirklich nach dem Satze: fortiter in re! Nachdem der Papst kürzlich in seiner Ansprache an die zu seinen Füßen liegenden deutschen Pilger erklärt, daß er in seiner Nachgiebigkeit bis zum Aeußersten gegangen sei und alle Verantwortlichkeit für das Scheitern der Ausgleichsverhandlungen von sich abweisen müsse, hat sein Staatssecretair neuestens an die „Germania" ein Schreiben gerichtet, worin er diesem Centralorgan der deutschen Ultramontanen, welches die Politik der Regierung seit jeher in schroffster Weise bekämpft und stets auf eine radicale Revision, d. h. auf Aufhebung der Maigesetze gedrungen hat, für „die ruhmvolle Vertheidigung der Rechte des Oberhaupts der Kirche" die wärmste Anerkennung ausspricht und seiner Redaction zur weiteren Erfüllung ihrer Aufgabe den päpstlichen Segen übermittelt. Gleichzeitig wurden die deutschen Pilger in Rom, wie nach Privatnachrichten verlautet, in ihrem Haß gegen den „modernen Attila", sowie in der Hoffnung auf das baldige Erscheinen des Augenblicks, wo das bekannte „Steinchen" Pius' IX. den Koloß des Deutschen Reiches zerstören werde, bestärkt.

Das sind wahrlich nicht Anzeichen einer weiteren Nachgiebigkeit seitens der päpstlichen Curie. Die „Germania" erklärt denn auch schon in ihrem Blatt vom 13. Juni bestimmt: so lange der Reichskanzler sein Recept, mit den Maigesetzen den Frieden herbeizuführen, nicht ändere, wüßten die Katholiken ganz genau, was sie von den Friedensversicherungen und den „Friedensministern" zu halten hätten. Und die „Deutsche Reichszeitung" antwortet dem Finanzminister kurz und bündig: „Herr Bitter täuscht sich. So lange die Maigesetze bestehen, wird es **nie** zum Frieden kommen!"

Angesichts der Halsstarrigkeit Roms würde die preußische Regierung in der That nicht blos die Rechte, sondern auch die Ehre und Würde Preußens preisgeben, wenn sie sich in Zukunft den anmaßenden Ansprüchen des Vaticans gegenüber noch nachgiebiger zeigte, als sie es bisher gethan. Möge sie daher nur ja nicht das fortiter in re vergessen!

Die **Hamburger Bürgerschaft** hat mit einer sehr ansehnlichen Mehrheit den Zollanschlußvertrag angenommen und dies Resultat wird allerwärts, wo man nicht an Zerwürfnissen im Reich seine Freude hat, mit Genugthuung begrüßt werden. Der Reichstag ist aus einander gegangen, ehe ihm die Aufgabe gestellt werden konnte, sein Votum über diese Frage abzugeben. Es wird darin ein Antrieb liegen, die neue Reichsvertretung so frühzeitig wie möglich zusammen zu berufen. Immerhin wird die Ausführung des Vertrags eine Verzögerung erfahren, die aber angesichts des weiten Termins, welcher für das Inkrafttreten des Vertrags festgesetzt ist, nicht sonderlich ins Gewicht fallen kann. Daß mit der Zustimmung der Hamburger Bürgerschaft die Angelegenheit ihre kritischste Prüfung hinter sich hat, ist unszweifelhaft. Im gegenwärtigen Reichstag hätte der Vertrag sicherlich die Zustimmung der Mehrheit gefunden, und es scheint uns außer Frage, daß auch eine künftige Volksvertretung, sie mag zusammengesetzt sein wie sie will, die Verantwortung nicht wird übernehmen wollen, das so weit geförderte Werk in der letzten Stunde scheitern zu lassen. Die Hamburgischen Redner, wie auch schon die Denkschrift des Senats, haben mit großer Offenheit anerkannt, daß die Freihafenstellung der Stadt, wenigstens im jetzigen Umfang, auf die Unterstützung und Sympathie der öffentlichen Meinung in Deutschland nicht rechnen könne. Sie haben damit ohne Zweifel recht. Der Widerstand, der sich im Reichstag und in der Presse gegen das Vorgehen des Reichskanzlers in dieser Frage richtete, entsprang weit mehr der Abneigung gegen die Methode und der Besorgniß vor einer Rechtsverletzung, als daß man materiell gegen den Zollanschluß Partei ergriffen hätte. „Mit schwerem Herzen", wie alle Redner hervorhoben, hat die hamburgische Bürgerschaft zugestimmt. Mit leichtem Herzen wird auch der Reichstag das Opfer von 40 Millionen Mark nicht bringen. Wir wollen hoffen, daß, wenn mit der Zeit die praktischen Vortheile hervortreten, die das Abkommen sowohl für das Reich als für Hamburg haben wird, die schweren Herzen, die jetzt auf beiden Seiten vorhanden und sehr begreiflich sind, sich erleichtern werden.

Der **Zoll-Anschluß Hamburgs** veranlaßt die „H. Börsenhalle" zu folgender Aeußerung: Unserer Meinung nach war Das, was die bisherige Freihafenstellung unserer Stadt uns gebeten hat, wohl eines längeren Versuches zur Vertheidigung derselben werth und war Das, was als Ersatz dafür geboten wird, in seinen Einzelheiten so unklar und unbestimmt gehalten, daß Niemand daraus eine gerechtfertigte Zuversicht auf den genügenden Umfang und die dauernde Sicherung der für uns unentbehrlichen Verkehrserleichterungen zu schöpfen vermochte. Die Mehrzahl der Bürgerschaft hat geglaubt, sich über diese Bedenken hinwegsetzen zu können und in der Hoffnung auf das zu erwartende freundliche Entgegenkommen der Reichs-Regierung die auch von ihr nicht verkannten Mängel in der Abfassung der uns gewährten Bedingungen übersehen zu dürfen. Wir hoffen von Herzen, daß sie sich darin nicht getäuscht finden, daß die Zukunft mehr für die Berechtigung jenes Vertrauens, als unserer Befürgnisse, unseres Mißtrauens, sprechen möge. Es werden schwere Zeiten über Hamburg kommen; manche Geschäftszweige, manche Bevölkerungskreise werden Einbußen erleiden, zum Theil selbst ihre Existenz in Frage gestellt sehen. Andere wieder werden neue Bahnen einschlagen, alte Gewohnheiten aufgeben, in neue, oft weniger bequeme Wege einlenken müssen. Für Alle wird es dabei eine gemeinsame Aufgabe geben, der sich Niemand entziehen kann und darf, ob er nun für oder gegen den Zollanschluß gestimmt gewesen ist. Ueber allen Einzelinteressen, Einzelstimmungen und Einzelanschauungen steht das Wohl der Vaterstadt. In der bisherigen Weise werden wir hinfort nicht für sie, für ihre gedeihliche Entwickelung streben können. Es gilt, der neuen Lage die besten Seiten abzugewinnen, mit den neuen Mitteln zu schaffen, was irgend zu schaffen ist. Hamburg hat in seiner tausendjährigen Existenz Vieles durchmachen müssen, was oft die Stadt an den Rand des Verderbens zu bringen drohte. Unsere Stärke ist dann immer in den Eigenschaften gefunden worden, die Hamburgs Bürgern durch die Geschichte ihrer Stadt anerzogen sind, zähe Ausdauer, unermüdliche Thätigkeit, kluge Benutzung jedes sich darbietenden Umstandes. Mit ihrer Hülfe wird auch das zollangeschlossene Hamburg Das bleiben, was es in seiner völligen Verkehrsfreiheit gewesen ist, die erste Seestadt Deutschlands, der Sitz der Betriebsamkeit, des Unternehmungsgeistes, des Wohlstandes, des rechtschaffenen Sinnes, von dem aus Deutschland seine Arme hinausstreckt bis in die fernsten Meere und zurück empfängt die Güter fremder Nationen an Früchten des Fleißes, der Intelligenz und der Cultur.

In der Abstimmung über den Antrag Buhl, betreffend die **Wiederherstellung der Reichsanstalt** in dem Unfallversicherungsgesetz, hat die **Fortschrittspartei** mit wenigen Ausnahmen im Verein mit Centrum und Conservativen mit Nein gestimmt. In der Commission hatten die fortschrittlichen Mitglieder für die Reichsanstalt gestimmt und die Gründe, mit denen der Abg. Eugen Richter diesen Widerspruch und die Abstimmung seiner Partei zu rechtfertigen suchte, sind so armseliger Art, daß sie gar keine weitere Erwähnung verdienen. Ein Staatsmonopol in den Händen so und so vieler Einzelstaaten erscheint diesen Politikern noch immer erträglicher als ein solches in der Hand des Reichs! Wir registriren dies Votum als einen neuen Beitrag zu den Verdiensten der Fortschrittspartei um die nationale Sache.

Zu den interessanten parlamentarischen Zwischenfällen der letzten Zeit gehört auch namentlich der **Zwiespalt** in der Botschafterpartei, der **deutschen Reichspartei**. Für aufmerksame Beobachter der Haltung der früheren Partei „Bismarck sans phrase" während der abgelaufenen Session war es schon lange offenbar, daß auch in ihr das Fatum der deutschen Parteien, die Zweifeelentheorie, ein verderbliches Wirken begonnen, und daß es um den Bestand der Partei über kurz oder lang geschehen wäre. Fürst Bismarck hatte es gerade bei dieser Partei am Ehesten heraus, wie viel sie ihm noch werth sei, und Herr von Kardorff war seiner Zeit unvorsichtig genug, es auszuplaudern, was ihm der Kanzler in allem Ernste erklärt hatte, als der Führer des linken Flügels der deutschen Reichspartei den Versuch wagen zu dürfen glaubte, in der Hauptgeschäfts-Angelegenheit beim Fürsten Bismarck zu Gunsten der liberalen Auffassung zu interveniren. Der leitende Staatsmann erklärte Herrn von Kardorff bekanntlich runtweg, seine Partei solle ihm willig sein, oder er werde Gewalt gebrauchen und den Herren das Wiederkommen verleiden. Der liebenswürdige Zuspruch wirkte damals wenigstens Etwas, aber er hielt nicht lange vor. Denn weder bei der Behandlung der Innungsvorlage, noch bei den Steuergesetzen und ebenso wenig beim Unfallsversicherungsgesetz ging die Partei einig und geschlossen mit ihrem Herrn und Meister, und so war denn auch ihr Schicksal besiegelt. Zu welchen interessanten Auftritten es in Folge Dessen innerhalb der Fraction gekommen, entzieht sich vorläufig noch der öffentlichen Besprechung. Das aber kann allen Ableugnungen gegenüber positiv behauptet werden, daß die Herren Stumm, Graf Frankenberg, Fürst Pleß, Herzog zu Ratibor, Graf Wilhelm Bismarck, wenn sie wieder gewählt werden sollten, sich nicht mehr unter das liberale Scepter des Herrn von Kardorff beugen, sondern ihren Anschluß dort nehmen werden, wo man ihnen schon lange die Arme freundlich entgegenstreckt. Sie werden in die deutschconservative Fraction eintreten, um dieselbe, wenn sie es wirklich noch nicht ganz sein sollte, völlig zu Dem zu machen, was die deutsche Reichspartei niemals war, zu einer Partei Bismarck sans phrase.

Es darf als offenkundige Thatsache gelten, daß die Ernennung des Herrn v. **Goßler** zum Cultusminister eigentlich gegen den Willen des Fürsten Bismarck erfolgt. Dieser wollte Herrn v. Wolff an die Stelle bringen, der ihm für den Fall, daß die Umstände wieder einmal eine straffere Handhabung der Maigesetze erforderten, nicht der Mann schwächlicher Rücksichtnahme zu sein schien. Indeß hat der Kaiser Bürgschaften dafür verlangt, daß der versöhnliche Geist in den Beziehungen des Staates zur katholischen Kirche die Oberhand behalte, und diese Garantien am besten in der Persönlichkeit des Herrn v. Goßler zu finden geglaubt. Un-